



REDE ZUR LAGE DER UNION

2022

URSULA VON DER LEYEN

Präsidentin der Europäischen

#SOTEU

LAGE
DER
UNION
2022

EINE UNION, DIE FEST ZUSAMMENHÄLT

Einleitung

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren Abgeordnete,
liebe europäische Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nie zuvor wurde in diesem Haus über die Lage unserer Union debattiert, während auf europäischem Boden Krieg herrscht.

Wir alle haben diesen schicksalhaften Februarmorgen gut in Erinnerung.

In der gesamten EU wurden die Menschen mit der Nachricht vom Krieg geweckt und waren bestürzt über das, was sie sahen. Erschüttert vom wiederauflebenden brutalen Antlitz des Bösen. Die heulenden Sirenen und die schiere Brutalität des Krieges riefen böse Erinnerungen wach.

Doch ab diesem Moment *hat sich ein ganzer Kontinent solidarisch gezeigt.*

An den Grenzübergängen, an denen Flüchtlinge Zuflucht fanden. Auf unseren Straßen, auf denen ukrainische Flaggen gehisst wurden. In den Klassenzimmern, in denen ukrainische Kinder neue Freundinnen und Freunde fanden.

Ab diesem Moment haben die *Europäerinnen und Europäer sich weder versteckt noch gezaudert.*

Sie fanden den Mut, das Richtige zu tun.

Und ab diesem Moment *ist unsere Union als Ganzes mit der Herausforderung gewachsen.*

Bei der Finanzkrise vor fünfzehn Jahren haben wir Jahre gebraucht, um dauerhafte Lösungen zu finden.

Während der weltweiten Pandemie eine Dekade später hat es nur Wochen gedauert.

Doch in diesem Jahr haben wir, kaum hatten die russischen Truppen die ukrainische Grenze überschritten, geeint, entschlossen und schnell reagiert.

Und darauf sollten wir stolz sein.

Wir haben die innere Stärke Europas wieder zum Vorschein gebracht.

Und diese Stärke werden wir brauchen. Die bevorstehenden Monate werden nicht leicht. Weder für Familien, die nur schwer über die Runden kommen, noch für Unternehmen, die schwierige Zukunftsentscheidungen treffen müssen.

Eines aber muss ganz klar sein: Es steht viel auf dem Spiel. Nicht nur für die Ukraine – sondern für ganz Europa und für die ganze Welt.

Wir werden auf die Probe gestellt. Und zwar von denen, die jede Art von Spaltung zwischen uns ausnutzen wollen.

Dies ist nicht nur ein Krieg Russlands gegen die Ukraine.

Dies ist ein Krieg gegen unsere Energieversorgung, ein Krieg gegen unsere Wirtschaft, ein Krieg gegen unsere Werte und ein Krieg gegen unsere Zukunft.

Hier kämpft Autokratie gegen Demokratie.

Und ich bin fest davon überzeugt, dass wir Putin mit Mut und Solidarität zum Scheitern bringen werden und Europa am Ende die Oberhand gewinnt.

DER MUT, UNSEREN HELDEN ZUR SEITE ZU STEHEN

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Heute hat der Mut einen Namen und das ist die Ukraine.

Mut hat ein Gesicht: Das Gesicht der ukrainischen Männer und Frauen, die sich dem russischen Aggressor entgegenstellen.

Ich erinnere mich an einen Moment in den ersten Wochen der Invasion. Als die First Lady der Ukraine, Olena Selenska, die Eltern ukrainischer Kinder zusammenbrachte, die von den Besatzern getötet worden waren.

Hunderte von Familien, für die der Krieg niemals enden und für die das Leben nie mehr so sein wird wie zuvor.

Wir sahen die First Lady in einem schweigenden Zug aus gebrochenen Müttern und Vätern, die für jedes gefallene Kind eine kleine Glocke in einen Baum hängten.

Diese Glocken klingen nun für immer im Wind, und die unschuldigen Opfer dieses Krieges werden für immer in unserer Erinnerung weiterleben.

Und sie ist heute bei uns!

Liebe Olena, es bedurfte ungeheuren Muts, sich der Grausamkeit Putins zu widersetzen.

Aber Sie haben diesen Mut aufgebracht.

Und eine Nation der Helden wurde geboren.

Die Ukraine ist heute stark, weil ein ganzes Land sich Straße für Straße und Haus für Haus verteidigt hat.

Die Ukraine ist stark, weil Menschen wie Ihr Mann, Präsident Selenskyj, in Kiew geblieben sind, um den Widerstand anzuführen – und Sie liebe First Lady sind mit Ihren Kindern an seiner Seite geblieben.

Sie haben der gesamten Nation *Mut* gegeben.

Und wir haben in den vergangenen Tagen gesehen, was die Tapferkeit der Ukrainerinnen und Ukrainer alles bewirken kann.

**Sie, liebe Olena, haben Ihrem Volk auf der Weltbühne eine *Stimme* gegeben.
Und Sie haben uns allen *Hoffnung* gegeben.**

Deswegen möchten wir heute Ihnen und allen Ukrainerinnen und Ukrainern danken.

Wir verneigen uns vor einem Land europäischer Helden. *Slava Ukraini!*

Die Solidarität Europas mit der Ukraine ist unerschütterlich.

Vom ersten Tag an hat Europa an der Seite der Ukraine gestanden. Mit Waffen. Mit finanzieller Unterstützung. Mit der Aufnahme von Flüchtlingen. Und mit den schärfsten Sanktionen, die die Welt je gesehen hat.

Der russische Finanzsektor kämpft ums Überleben. Drei Viertel des russischen Bankensektors sind durch unsere Sanktionen von den internationalen Märkten abgeschnitten.

Fast eintausend internationale Unternehmen haben das Land verlassen.

Die Automobilproduktion ist gegenüber dem Vorjahr um drei Viertel geschrumpft. Aeroflot muss Flugzeuge am Boden lassen, weil Ersatzteile fehlen. Das russische Militär plündert Chips aus Geschirrspülern und Kühlschränken, um militärisches Gerät zu reparieren, da es keine Halbleiter mehr bekommt. Die russische Industrie liegt am Boden.

Und der Kreml trägt die Verantwortung dafür, dass die russische Wirtschaft den Anschluss verliert.

Dies ist der Preis für Putins Spur des Todes und der Vernichtung.

Und ich möchte keinen Zweifel daran lassen, dass die Sanktionen von Dauer sein werden.

Das ist die Zeit für Entschlossenheit, nicht für Beschwichtigungen.

Das Gleiche gilt für unsere finanzielle Unterstützung der Ukraine.

Bislang hat Team Europa finanzielle Hilfe von mehr als 19 Mrd. EUR bereitgestellt.

Und unsere militärische Unterstützung ist da noch gar nicht eingerechnet.
Wir werden uns auch auf lange Sicht engagieren.

Der Wiederaufbau der Ukraine wird viel Geld erfordern. So haben die russischen Angriffe mehr als 70 Schulen beschädigt oder zerstört.

Eine halbe Million ukrainischer Kinder haben ihr Schuljahr in der Europäischen Union begonnen. In der Ukraine aber haben viele ganz einfach überhaupt keine Schule, in die sie gehen können.

Deshalb kündige ich heute an, mit der First Lady zusammenarbeiten, um den Wiederaufbau beschädigter ukrainischer Schulen zu unterstützen.

Dafür werden wir 100 Millionen Euro bereitstellen.

Denn die Zukunft der Ukraine beginnt in ihren Schulen.

Wir werden nicht nur finanzielle Unterstützung leisten. Wir wollen die Ukraine auch in die Lage versetzen, ihr eigenes Potenzial voll auszuschöpfen.

Schon heute ist die Ukraine eine aufkommende Drehscheibe für neue Technologien mit vielen junge innovative Unternehmen.

Deswegen will ich, dass wir das Potenzial unseres Binnenmarkts voll nutzen, um das Wachstum zu beschleunigen und der Ukraine neue Möglichkeiten zu eröffnen.

Im März haben wir die Ukraine erfolgreich an unser Stromnetz angeschlossen. Ursprünglich war dies für 2024 geplant. Wir haben es aber innerhalb von zwei Wochen geschafft. Und heute exportiert die Ukraine Strom an uns. Diesen für beide Seiten nützlichen Handel möchte ich erheblich ausweiten.

Die Einfuhrzölle auf ukrainische Exporte in die EU haben wir bereits ausgesetzt.

Wir werden die Ukraine in das Roaming-Gebiet der EU aufnehmen.

Unsere Solidaritätskorridore sind ein großer Erfolg.

Aufbauend auf dem schon Erreichten wird die Kommission mit der Ukraine darauf hinarbeiten, einen nahtlosen Zugang zum Binnenmarkt zu gewähren. Und umgekehrt.

Unser Binnenmarkt ist eine der größten Erfolgsgeschichten Europas. Nun ist es an der Zeit, ihn auch für unsere ukrainischen Freundinnen und Freunde zu einer Erfolgsgeschichte zu machen.

Ich werde deshalb heute nach Kiew reisen, um dies im Detail mit Präsident Selenskyj zu besprechen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

eine Lehre aus diesem Krieg ist, dass wir auf diejenigen hätten hören sollen, die Putin besser kennen.

Auf Anna Politkowskaja und all die anderen russischen Journalisten, die die Verbrechen angeprangert und dies mit dem Leben bezahlt haben.

Auf unsere Freunde in der Ukraine, in Moldau, in Georgien und auf die Opposition in Belarus.

Wir hätten auf die Warnrufe innerhalb der Union hören sollen – in Polen, in den baltischen Staaten und in ganz Mittel- und Osteuropa.

Sie warnen uns seit Jahren, dass Putin nicht aufhören wird.

Und sie haben entsprechend gehandelt.

Unsere Freunde im Baltikum haben hart daran gearbeitet, ihre Abhängigkeit von Russland zu beenden. Sie haben in erneuerbare Energien, in LNG-Terminals und in Verbindungsleitungen investiert.

Dies kostet eine Menge. Doch die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland kommt uns viel teurer zu stehen.

Wir müssen uns in ganz Europa von dieser Abhängigkeit befreien.

Aus diesem Grund haben wir uns auf eine gemeinsame Speicherung geeinigt. Wir stehen jetzt bei 84 %. Wir übertreffen damit unser Ziel.

Doch leider wird dies nicht ausreichen.

Statt auf Russland setzen wir nun auf verlässliche Lieferanten – die USA, Norwegen, Algerien und andere.

Im vergangenen Jahr machten russische Gaslieferungen noch 40 % unserer Gasimporte aus. Heute ist dieser Wert auf 9 % Pipeline-Gas zurückgegangen.

Aber Russland manipuliert unseren Energiemarkt weiterhin. Es fackelt Gas lieber ab anstatt es zu liefern. Dieser Markt funktioniert nicht mehr.

Zusätzlich dazu verursacht die Klimakrise hohe Kosten. Hitzewellen haben die Stromnachfrage in die Höhe getrieben. Extreme Trockenheit führte zur Abschaltung von Wasser- und Kernkraftwerken.

Dadurch sind die Gaspreise im Vergleich zu vor der Pandemie um mehr als das Zehnfache gestiegen.

Millionen von Unternehmen und Haushalten haben Angst, nicht mehr über die Runden zu kommen.

Doch die Europäerinnen und Europäer stellen sich dem auch tapfer entgegen.

So haben die Beschäftigten in mittelitalienischen Keramikfabriken ihre Schichten in die frühen Morgenstunden verlegt, da der Strom dann preisgünstiger ist.

Für die Eltern unter ihnen bedeutet dies, dass sie wegen eines Krieges, den sie nicht gewollt haben, ihr Heim früh verlassen müssen, wenn die Kinder noch schlafen.

Dies ist nur ein Beispiel für Millionen von Europäerinnen und Europäer, die sich an diese neue Realität anpassen.

Ich möchte, dass sich unsere Union daran ein Beispiel nimmt. Wenn wir die Nachfrage in Spitzenzeiten verringern, wird die Versorgung länger halten und dies die Preise senken.

Deshalb schlagen wir Maßnahmen vor, mit denen die Mitgliedstaaten ihren Stromverbrauch insgesamt senken können.

Darüber hinaus ist weitere, zielgenaue Unterstützung nötig.

Für Industriezweige wie die Glasindustrie, wo Öfen abgeschaltet werden müssen. Für Alleinerziehende, die an immer höheren Rechnungen verzweifeln.

Millionen von Menschen in Europa brauchen Unterstützung.

Die EU-Mitgliedstaaten haben bereits Milliarden von Euro mobilisiert, um bedürftigen Haushalten unter die Arme zu greifen.

Aber wir wissen, dass das nicht reichen wird.

Deshalb schlagen wir eine Obergrenze für die Einnahmen von Unternehmen vor, die Strom zu niedrigen Kosten erzeugen.

Diese Unternehmen machen Gewinne, mit denen sie selbst in ihren kühnsten Träumen nie gerechnet hätten.

In unserer sozialen Marktwirtschaft sind Gewinne gut.

In Zeiten wie diesen ist es jedoch schwierig, aufgrund des Krieges und auf dem Rücken der Verbraucher Übergewinne zu erzielen.

In Zeiten wie diesen müssen Gewinne geteilt und an die Bedürftigsten umgeleitet werden.

Unser Vorschlag wird mehr als 140 Mrd. EUR für die Mitgliedstaaten bringen, um die Not unmittelbar abzufedern.

Und weil wir uns in einer Krise fossiler Brennstoffe befinden, kommt der fossilen Brennstoffindustrie ebenfalls eine besondere Pflicht zu.

Auch große Öl-, Gas- und Kohleunternehmen erzielen enorme Gewinne. Sie müssen also ihren gerechten Beitrag leisten – sie müssen eine Krisenabgabe leisten.

All diese Maßnahmen sind Notmaßnahmen und vorübergehend, auch unsere Diskussionen über Preisobergrenzen.

Wir müssen auch weiterhin darauf hinarbeiten, die Gaspreise zu senken.

Wir müssen unsere Versorgungssicherheit gewährleisten und zugleich unsere globale Wettbewerbsfähigkeit.

Deshalb werden wir mit den Mitgliedstaaten eine Reihe von Maßnahmen entwickeln, die den Besonderheiten unserer Beziehung zu Lieferanten Rechnung tragen – von unzuverlässigen Lieferanten wie Russland bis hin zu verlässlichen Freunden wie Norwegen.

Ich habe mit Premierminister Støre die Einsetzung einer Task Force vereinbart. Die Teams haben bereits ihre Arbeit aufgenommen.

Ein weiteres wichtiges Thema auf der Agenda ist, dass unser Gasmarkt sich grundlegend gewandelt hat: weg von Pipeline-Gas hin zu wachsenden Mengen von LNG.

Doch der auf dem Gasmarkt verwendete Richtwert – der TTF – wurde nicht angepasst.

Aus diesem Grund wird die Kommission an der Festlegung eines repräsentativeren Richtwerts arbeiten.

Gleichzeitig wissen wir, dass Energieunternehmen gravierende Liquiditätsprobleme auf den Stromterminmärkten haben, was wiederum das Funktionieren unseres Energiesystems gefährdet.

Im Verbund mit den Marktregulierungsbehörden werden wir diese Probleme lösen, indem wir die Regeln für Sicherheiten ändern und die Preisvolatilität innerhalb eines Tages begrenzen.

Und wir werden im Oktober den befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen ändern, um staatliche Garantien zu ermöglichen und gleichzeitig gleiche Wettbewerbsbedingungen zu wahren.

All dies sind erste Schritte. Doch während wir diese unmittelbare Krise zu bewältigen versuchen, müssen wir unseren Blick auch nach vorn richten.

Die derzeitige Ausgestaltung des Elektrizitätsmarkts – die auf dem Merit-Order-Prinzip beruht – wird den Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht länger gerecht.

Diese sollten die Vorteile der kostengünstigen erneuerbaren Energien nutzen können.

Wir müssen deshalb den Strom- vom dominanten Gaspreis entkoppeln. Aus diesem Grund werden wir den Elektrizitätsmarkt einer tiefen und umfassenden Reform unterziehen.

Kommen wir nun zu einem wichtigen Punkt. Vor einem halben Jahrhundert, in den 1970er Jahren, standen wir schon einmal vor einer Krise im Bereich fossiler Brennstoffe – der sogenannten Ölkrise.

Einige von uns erinnern sich an die autofreien Sonntage, die Energie einsparen sollten. *Dennoch sind wir weiterhin auf dieser Einbahnstraße gefahren.*

Wir haben uns nicht aus unserer Abhängigkeit vom Erdöl gelöst. Im Gegenteil: Fossile Brennstoffe wurden sogar noch massiv subventioniert.

Das war falsch – und zwar nicht nur für das Klima, sondern auch für unsere öffentlichen Finanzen und für unsere Unabhängigkeit. *Und den Preis dafür zahlen wir noch heute.*

Nur wenige Visionäre haben damals verstanden, dass das eigentliche Problem die fossilen Brennstoffe selbst sind – und nicht nur ihr Preis.

Dazu gehörten unsere dänischen Freunde.

Als die Ölkrise akut wurde, begann Dänemark, massiv in Windkraft zu investieren.

Sie schufen die Basis für ihre weltweite Führungsrolle in diesem Sektor und schafften Zehntausende neuer Arbeitsplätze.

Das ist der richtige Weg!

Nicht nur eine schnelle Lösung, sondern ein Paradigmenwechsel, ein Schritt in die Zukunft.

BEIBEHALTUNG DES KURSES UND VORSORGE FÜR DIE ZUKUNFT

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

die gute Nachricht ist, dass mit dieser notwendigen Transformation bereits begonnen wurde.

Sie findet in der Nordsee und in der Ostsee statt, wo unsere Mitgliedstaaten bereits massiv in die Offshore-Windenergieerzeugung investiert haben.

Sie findet auf Sizilien statt, wo die größte Solarfabrik Europas bald die neueste Generation Solarpaneele herstellen wird.

Sie findet in Norddeutschland statt, wo die ersten Regionalzüge ab sofort mit grünem Wasserstoff fahren.

Wasserstoff kann Europa grundlegend verändern.

Wir müssen beim Wasserstoff vom Nischenmarkt zum Massenmarkt kommen.

Mit REPowerEU haben wir unsere Zielvorgabe verdoppelt: Bis 2030 wollen wir jährlich zehn Millionen Tonnen erneuerbaren Wasserstoffs in der Europäischen Union erzeugen.

Hierzu müssen wir einen Marktmittler für Wasserstoff schaffen, der die Investitionslücke schließt. Es geht darum, Angebot und Nachfrage von morgen miteinander in Einklang zu bringen.

Deshalb kann ich heute verkünden, dass wir eine Europäische Wasserstoffbank gründen werden.

Sie wird dafür sorgen, dass wir Wasserstoff ankaufen können, insbesondere durch die Verwendung von Mitteln aus dem Innovationsfonds.

Sie wird in der Lage sein, 3 Mrd. EUR in den Aufbau des künftigen Marktes für Wasserstoff zu investieren.

Darauf werden wir die Wirtschaft von morgen aufbauen.

Genau das ist unser europäischer Green Deal.

Und wir alle haben in den vergangenen Monaten gesehen, wie wichtig der europäische Green Deal ist.

Der Sommer 2022 wird uns im Gedächtnis bleiben. Wir alle haben die ausgetrockneten Flüsse, die Waldbrände und die Hitzewelle gesehen.

Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Bisher dienten die Alpengletscher als Notreservoir für Flüsse wie den Rhein oder die Rhône.

Da aber die Gletscher in Europa schneller schmelzen denn je, werden wir künftige Dürreperioden viel deutlicher spüren.

Wir müssen uns an dieses Klima besser anpassen und die Natur zu unserem wichtigsten Verbündeten machen.

Deshalb wird unsere Union bei der diesjährigen UN-Artenvielfalt-Konferenz in Montreal auf ein ambitioniertes globales Abkommen zum Wohle unserer Natur drängen.

Genauso wie bei der COP 27 in Scharm El-Scheich.

Kurzfristig müssen wir allerdings auch besser für die Bewältigung des Klimawandels gerüstet sein.

Die zerstörerische Kraft der Unwetter ist für ein Land alleine nicht zu stemmen.

In diesem Sommer haben wir Flugzeuge aus Griechenland, Schweden und Italien zur Bekämpfung von Bränden nach Frankreich und Deutschland geschickt.

Da die Katastrophen jedoch immer häufiger und immer intensiver über uns hereinbrechen, braucht Europa mehr Kapazitäten.

Deshalb darf ich heute verkünden, dass wir unsere Brandbekämpfungskapazitäten im nächsten Jahr verdoppeln werden.

Die Europäische Union wird ihre Flotte um zehn leichte Löschflugzeuge und drei zusätzliche Hubschrauber erweitern.

Das ist gelebte europäische Solidarität.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

die letzten Jahre haben gezeigt, wie viel Europa erreichen kann, wenn es geschlossen auftritt.

Nach einer beispiellosen Pandemie lag unsere Wirtschaftsleistung in kürzester Zeit sogar wieder über dem Vorkrisenniveau.

Die Phase *ohne Impfstoffe* wurde abgelöst von der Bereitstellung von über 4 Milliarden Impfdosen für die Menschen in Europa und in der Welt.

Und in Rekordzeit haben wir SURE ins Leben gerufen, damit die Menschen in Lohn und Brot bleiben konnten, selbst wenn ihre Betriebe stillstanden.

Wir steckten in der tiefsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.

Wir haben den schnellsten Konjunkturaufschwung seit dem Nachkriegsboom erreicht.

Und das war nur möglich, weil wir alle geschlossen hinter einem gemeinsamen Aufbauplan standen.

NextGenerationEU war ein Vertrauensschub für unsere Wirtschaft.

Und das ist erst der Anfang.

Bislang wurden 100 Milliarden Euro an die Mitgliedstaaten ausgezahlt. Das bedeutet: 700 Milliarden Euro sind noch gar nicht in unsere Wirtschaft geflossen.

NextGenerationEU wird für einen konstanten Investitionsstrom sorgen, um Arbeitsplätze und Wachstum zu erhalten.

Das ist eine Entlastung für unsere Wirtschaft. Vor allem aber bedeutet es Erneuerung.

NextGenerationEU finanziert neue Windkraftanlagen und Solarparks, Hochgeschwindigkeitszüge und energiesparende Sanierungen.

Wir haben NextGenerationEU vor fast zwei Jahren ins Leben gerufen – und es ist genau das, was Europa heute braucht.

Lassen Sie uns also an dem Plan festhalten.

Sehen wir zu, dass das Geld vor Ort ankommt.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

die Zukunft unserer Kinder liegt in unseren Händen – wir müssen nicht nur in Nachhaltigkeit investieren, sondern auch nachhaltig investieren.

Wir müssen den Übergang zu einer digitalen und klimaneutralen Wirtschaft fördern.

Und wir müssen aber auch eine neue Realität der höheren Staatsverschuldung anerkennen.

Wir brauchen fiskalpolitische Regelungen, die strategische Investitionen ermöglichen und gleichzeitig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gewährleisten.

Regelungen, die an die Herausforderungen dieses Jahrzehnts angepasst sind.

Im Oktober werden wir neue Vorschläge für unsere wirtschaftspolitische Steuerung vorlegen.

Lassen Sie mich jedoch schon heute einige Grundprinzipien mit Ihnen teilen.

Die Mitgliedstaaten sollten mehr Flexibilität beim Schuldenabbau haben.

Aber es sollte mehr Rechenschaftspflicht geben, wenn es um das Erreichen der von uns vereinbarten Ziele geht.

Es sollte einfachere Regelungen geben, die alle befolgen können.

Wir müssen den Raum für strategische Investitionen öffnen und den Finanzmärkten das Vertrauen geben, das sie benötigen.

Lassen Sie uns erneut einen gemeinsamen Weg nach vorn abstecken.

Mit mehr Investitionsfreiheit. Und einer umfangreicheren Überprüfung der Fortschritte.

Mit mehr Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten. Und besseren Ergebnissen für die Bürgerinnen und Bürger.

Wir wollen den Geist von Maastricht wieder aufleben lassen – Stabilität und Wachstum können nur Hand in Hand gehen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

bei diesem wirtschaftlichen Wandel müssen wir uns auf die dauerhaften Werte unserer sozialen Marktwirtschaft verlassen.

Der Gedanke dahinter ist ganz einfach: Europas größte Stärke liegt in jedem einzelnen von uns.

Unsere soziale Marktwirtschaft ermutigt alle zu Höchstleistungen, sie achtet aber auch auf unsere Fragilität als Mensch.

Sie belohnt Leistung und garantiert Schutz. Sie eröffnet Möglichkeiten, setzt aber auch Grenzen.

Das brauchen wir heute mehr denn je.

Denn die Stärke unserer sozialen Marktwirtschaft wird den ökologischen und den digitalen Wandel vorantreiben.

Wir brauchen günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen, Arbeitskräfte mit den richtigen Kompetenzen und Zugang zu Rohstoffen für unsere Industrie.

Die Zukunft unserer Wettbewerbsfähigkeit hängt davon ab.

Wir müssen die Hindernisse beseitigen, die unseren kleineren und mittleren Unternehmen nach wie vor das Leben schwer machen.

Sie müssen im Mittelpunkt dieses Wandels stehen, weil sie schon seit jeher das Rückgrat der europäischen Industrie sind.

Ihre Arbeitskräfte standen stets an erster Stelle – auch und vor allem in Krisenzeiten.

Doch Inflation und Unsicherheit treffen sie besonders.

Daher werden wir ein KMU-Entlastungspaket auf den Weg bringen:

Enthalten wird es einen Vorschlag für einheitliche Steuervorschriften für Geschäftstätigkeit in Europa - BEFIT

Ziel ist, in unserer Union leichter Geschäfte tätigen zu können. Weniger Bürokratie bedeutet einen besseren Zugang zu einem dynamischen kontinentalen Markt.

Und wir werden auch die Zahlungsverzugsrichtlinie überarbeiten. Denn es kann schlicht und einfach nicht sein, dass jede vierte Insolvenz auf nicht fristgerecht beglichene Rechnungen zurückzuführen ist.

Für Millionen von Familienunternehmen wird dies in stürmischen Zeiten ein Rettungsanker sein.

Der Mangel an Personal ist eine weitere Herausforderung für Europas Unternehmen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist so niedrig wie nie zuvor.

Das ist gut!

Aber gleichzeitig liegt die Zahl der offenen Stellen auf Rekordniveau.

Ob Lastwagenfahrer, Kellner oder Flughafenpersonal.

Ob Krankenpfleger, Ingenieurinnen oder IT-Technikerinnen.

Von ungelernt bis Universitätsabschluss, Europa braucht sie alle!

Wir müssen daher viel stärker in die Aus- und Weiterbildung investieren.

Dazu wollen wir eng mit den Unternehmen zusammenarbeiten.

Denn sie wissen am besten, welche Fachkräfte sie heute und morgen brauchen.

Und wir müssen diesen Bedarf besser in Einklang bringen mit den Zielen und Wünschen, die Arbeitssuchende selbst für ihren Berufsweg haben.

Darüber hinaus wollen wir gezielter Fachkräfte aus dem Ausland anwerben, die hier Unternehmen und Europas Wachstum stärken.

Ein wichtiger erster Schritt ist, ihre Qualifikationen in Europa besser und schneller anzuerkennen.

Denn Europa muss attraktiver werden für die, die etwas können und sich einbringen wollen.

Deshalb schlage ich vor, 2023 zum Europäischen Jahr der Aus- und Weiterbildung zu machen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zu meinem dritten Punkt für unseren Mittelstand und unsere Industrie.

Unabhängig davon, ob wir über maßgeschneiderte Chips für die virtuelle Realität sprechen oder über Speicherzellen für Solaranlagen – der Zugang zu Rohstoffen ist entscheidend für den Erfolg unserer Transformation hin zu einer nachhaltigen und digitalen Wirtschaft.

Lithium und seltene Erden werden bald wichtiger sein als Öl und Gas.

Allein unser Bedarf an seltenen Erden wird sich bis 2030 verfünffachen.

Und das ist ein gutes Zeichen!

Denn es zeigt, mit welchem Tempo unser Europäischer Green Deal vorankommt.

Das Problem ist nur, dass derzeit ein einziges Land fast den kompletten Markt beherrscht.

Wir müssen vermeiden, erneut in Abhängigkeit zu geraten wie bei Öl und Gas.

An diesem Punkt kommt unsere Handelspolitik ins Spiel.

Neue Partnerschaften helfen uns, nicht nur unsere Wirtschaft zu stärken, sondern auch unsere Interessen und unsere Werte global voranzubringen.

Mit gleichgesinnten Partnern können wir auch außerhalb unserer Grenzen Arbeitsstandards und Umweltstandards sichern.

Wir müssen vor allem unsere Beziehungen zu diesen Partnern und zu wichtigen Wachstumsregionen erneuern.

Ich werde daher die Abkommen mit Chile, Mexiko und Neuseeland zur Ratifizierung vorlegen.

Und wir treiben die Verhandlungen mit bedeutenden Partnern wie Australien und Indien voran.

Eine gesicherte Versorgung ist jedoch nur ein erster Schritt.

Die Verarbeitung dieser Metalle ist genauso wichtig.

Heute kontrolliert China weltweit die Verarbeitungsindustrie. Fast 90 % der seltenen Erden und 60 % des Lithiums werden in China verarbeitet.

Wir werden an strategischen Projekten entlang der gesamten Lieferkette arbeiten – von der Gewinnung bis zur Veredelung, von der Verarbeitung bis hin zum Recycling. Und wir werden dort strategische Reserven aufbauen, wo das Angebot knapp ist.

Daher verkünde ich heute ein europäisches Gesetz zu kritischen Rohstoffen.

Wir wissen, dass dieser Ansatz funktionieren kann.

Vor fünf Jahren wurde die Europäische Batterie-Allianz ins Leben gerufen. Und bald werden zwei Drittel der benötigten Batterien in Europa hergestellt.

Letztes Jahr habe ich das Europäische Chip-Gesetz angekündigt. Und die erste Chip-Gigafabrik wird in den kommenden Monaten den Anfang machen.

An diesem Erfolg müssen wir nun anknüpfen.

Deshalb werden wir unsere finanzielle Beteiligung an wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse erweitern.

Und für die Zukunft werde ich auf einen neuen Europäischen Souveränitätsfonds hinarbeiten.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Zukunft der Industrie in Europa liegt.

FÜR UNSERE DEMOKRATIE STARK MACHEN

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

wenn wir uns die Lage der Welt heute anschauen, kommt oft das Gefühl auf, dass uns entgleitet, was früher so fest gefügt erschien.

Und in gewisser Weise erinnerte uns der Tod von Königin Elisabeth II. in der vergangenen Woche daran.

Sie ist eine Legende!

Sie war während der turbulenten und ereignisreichen letzten 70 Jahre eine konstante Größe.

Stoisch und unerschütterlich im Dienste ihres Volkes.

Aber mehr als alles andere fand sie in jedem Moment die richtigen Worte.

Von ihren Ermutigungen für Kriegsgeflüchtete im Jahr 1940 bis hin zu ihrer historischen Ansprache während der Pandemie.

Sie appellierte nicht nur an das Herz ihrer Nation, sondern auch an die Seele der Welt.

Und wenn ich an die heutige Lage denke, klingen ihre Worte auf dem Höhepunkt der Pandemie immer noch in mir nach.

Damals sagte sie: „Wir werden das schaffen – und das werden wir dann jedem und jeder von uns verdanken.“

Sie erinnerte uns immer daran, dass unsere Zukunft auf neuen Ideen, aber auch auf unseren ehernen Werten beruht.

Seit dem Zweiten Weltkrieg setzen wir uns für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein.

Und die Nationen der Welt haben gemeinsam eine internationale Ordnung aufgebaut, die Frieden und Sicherheit, Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Fortschritt fördert.

Heute ist sie das Ziel russischer Raketen.

Das, was wir auf den Straßen von Butscha, in den zerstörten Getreidefeldern und jetzt am Rande des größten Kernkraftwerks der Ukraine gesehen haben, *ist nicht nur ein Verstoß gegen internationale Regeln.*

Es ist ein bewusster Versuch, sie auszulöschen.

Dieser Wendepunkt in der Weltpolitik erfordert ein Überdenken unserer außenpolitischen Agenda.

Es ist Zeit, in die Macht der Demokratien zu investieren.

Diese Arbeit beginnt mit unseren wichtigsten gleichgesinnten Partnern: unseren Freunden in den demokratischen Nation auf dieser Welt.

Wir betrachten die Welt mit den gleichen Augen. Und wir sollten gemeinsam unsere Macht mobilisieren, um dieses globale Gut zu stärken.

Wir sollten alles dafür tun, diesen demokratischen Kern zu erweitern. Wenn wir das erreichen wollen, müssen wir die Beziehungen untereinander vertiefen und die Demokratien auf unserem Kontinent stärken.

Das beginnt bei den Ländern, die sich bereits auf dem Weg in unsere Union befinden.

Wir müssen ihnen bei jedem Schritt auf diesem Weg zur Seite stehen.

Denn der Weg zu einer starken Demokratie und der Weg zu unserer Union sind ein und derselbe.

Deshalb möchte ich die Menschen des westlichen Balkans, der Ukraine, der Republik Moldau und Georgiens wissen lassen:

Sie gehören zu unserer Familie, Ihre Zukunft liegt in unserer Union, und unsere Union ist ohne Sie nicht komplett!

Wir haben auch gesehen, dass wir den Ländern Europas unsere Hand reichen müssen – über Beitrittsprozesse hinaus.

Deshalb unterstütze ich die Forderung nach einer europäischen politischen Gemeinschaft – und wir werden dem Europäischen Rat unsere Vorschläge präsentieren.

Unsere Zukunft hängt aber auch davon ab, inwiefern wir über den inneren Kreis unserer Demokratien hinaus Partnerschaften pflegen.

Länder – nah und fern – haben ein Interesse daran, mit uns zusammen an den großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts wie Klimawandel und Digitalisierung zu arbeiten.

Das ist die Grundidee hinter Global Gateway – dem Investitionsplan, den ich hier vor einem Jahr angekündigt habe.

Der Plan wird bereits umgesetzt.

Gemeinsam mit unseren Partnern in Afrika bauen wir etwa zwei Fabriken in Ruanda und Senegal, um mRNA-Impfstoffe herzustellen.

Sie werden in Afrika für Afrika errichtet – mit Technologie von Weltrang.

Und diesen Ansatz verfolgen wir nun auch in Lateinamerika im Rahmen einer umfassenden Beteiligungsstrategie.

Dafür sind Investitionen auf globaler Ebene notwendig.

Wir werden daher mit unseren Freunden in den USA und mit anderen G7-Partnern zusammenarbeiten, um dies zu erreichen.

In diesem Sinne werden Präsident Biden und ich zu einem Treffen der Staats- und Regierungsspitzen einladen, um über Fortschritte zu sprechen und konkrete Projekte .

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

dies gehört zu unseren Anstrengungen, unsere Demokratien stärker zu machen.

Aber wir sollten auch nicht aus den Augen verlieren, dass ausländische Autokraten unsere Länder ins Visier nehmen.

Ausländische Akteure finanzieren Institutionen, die unsere Werte untergraben.

Ihre Desinformation verbreitet sich übers Internet und bis in die Hörsäle unserer Universitäten.

Dieses Jahr hat die Universität Amsterdam ein angeblich unabhängiges Forschungszentrum geschlossen, das in Wirklichkeit von chinesischen Akteuren finanziert wurde. Dieses Zentrum veröffentlichte vermeintliche Forschungsergebnisse zu Menschenrechten und tat Beweise für Arbeitslager für Uiguren als „Gerüchte“ ab.

Solche Lügen sind Gift für unsere Demokratien.

Bitte bedenken Sie, dass wir ein Regelwerk eingeführt haben, wonach ausländische Direktinvestitionen in unsere Unternehmen aus Sicherheitsgründen überprüft werden müssen.

Wenn wir dies für unsere Wirtschaft tun, sollten wir dann für unsere Werte nicht das Gleiche tun?

Wir müssen uns besser vor böswilliger Einmischung schützen.

Deshalb werden wir ein Paket zur Verteidigung der Demokratie vorlegen.

Dies wird helfen, verdeckte ausländische Einflussnahme und dubiose Finanzierungen ans Licht zu bringen.

Wir werden es Autokratien nicht erlauben, unsere Demokratien auf trojanische Art von innen anzugreifen.

Seit über 70 Jahren macht unser Kontinent Fortschritte auf dem Weg der Demokratie. Aber die Errungenschaften unserer dieser langen Entwicklung sind nicht sicher.

Viele von uns haben die Demokratie zu lange für selbstverständlich gehalten. Insbesondere diejenigen, die wie ich nie erfahren haben, was es bedeutet, unter einem autoritären Regime zu leben.

Heute erkennen wir alle, dass wir für unsere Demokratien kämpfen müssen. Tag für Tag.

Wir müssen sie sowohl vor äußeren Bedrohungen schützen, als auch vor den Gefahren, die im Inneren lauern.

Es ist die Pflicht und die vornehmste Aufgabe meiner Kommission, die Rechtsstaatlichkeit zu schützen.

Ich versichere Ihnen daher: Wir werden weiterhin auf die Unabhängigkeit der Justiz pochen.

Und wir werden unsere Steuermittel durch den Konditionalitätsmechanismus schützen.

Heute möchte ich die Korruption mit all ihren Erscheinungsformen in den Fokus rücken. Als Akteure, die im Interesse fremder Länder versuchen, auf unser politisches System Einfluss zu nehmen. Oder als zwielichtiger Unternehmen oder Stiftungen, die öffentliche Gelder missbrauchen.

Wenn wir Beitrittskandidaten auffordern, ihre Demokratien zu stärken, sind wir nur dann glaubwürdig, wenn wir auch die Korruption bei uns selbst beseitigen.

Deshalb wird die Kommission im kommenden Jahr Vorschläge zur Aktualisierung unseres Rechtsrahmens für die Korruptionsbekämpfung vorlegen.

Wir werden über klassische Straftaten wie Bestechung hinaus auch schärfere Standards für Straftaten wie illegale Bereicherung, unerlaubte Einflussnahme und Machtmissbrauch einführen.

Und wir haben vor, den Tatbestand der Korruption in unser Sanktionsregime zum Schutz der Menschenrechte aufzunehmen, das ja unser neues Instrument zum Schutz unserer Werte im außerhalb unserer Grenzen ist.

Korruption untergräbt das Vertrauen in unsere Institutionen. Wir müssen uns dagegen mit der ganzen Härte des Gesetzes zur Wehr setzen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

unsere Gründerväter und -mütter wollten nur den Grundstein dieser Demokratie legen.

Sie gingen davon aus, dass künftige Generationen ihr Werk vollenden würden.

„Demokratie ist nicht aus der Mode gekommen, aber sie muss sich stets selbst erneuern, um das Leben der Menschen weiter zu verbessern.“

Das sind die Worte von David Sassoli, einem großen Europäer, dem wir alle heute Anerkennung zollen.

David Sassoli war der Ansicht, dass Europa stets nach neuen Horizonten suchen sollte.

Vor dem Hintergrund der der heutigen Krisen beginnt sich abzuzeichnen, wie diese neuen Horizonte aussehen könnte.

Eine mutigere Union.

Näher an den Menschen in Zeiten der Not.

Tatkräftiger bei der Antwort auf die historischen Herausforderungen und die alltäglichen Sorgen der Europäerinnen und Europäer.

Und an deren Seite, wenn sie mit den großen Herausforderungen des Lebens konfrontiert sind.

Deshalb war die Konferenz zur Zukunft Europas so wichtig.

Sie war ein Vorgeschmack auf eine andere Art der Bürgerbeteiligung, die weit über den Wahltag hinausgeht.

Und nachdem Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern zugehört hat, müssen wir jetzt Ergebnisse liefern.

Die Bürgerforen, die für die Konferenz von zentraler Bedeutung waren, sollen nun zu einem regulären Bestandteil unseres demokratischen Lebens werden.

Und in dem Brief, den ich heute Präsidentin Metsola und Ministerpräsident Fiala übermittelt habe, habe ich eine Reihe von Vorschlägen für das kommende Jahr skizziert, die auf Schlussfolgerungen der Konferenz zurückgehen.

Dazu gehört zum Beispiel eine neue Initiative zur psychischen Gesundheit.

Wir sollten besser füreinander sorgen. Für viele, die sich verängstigt und verloren fühlen, kann eine zielgenaue, zugängliche und erschwingliche Unterstützung den Unterschied ausmachen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

demokratische Institutionen müssen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger immer wieder neu gewinnen.

Wir müssen den neuen Herausforderungen gerecht werden, mit denen uns die Geschichte immer wieder konfrontiert.

So wie es die Europäerinnen und Europäer getan haben, als Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern um Aufnahme baten.

Das ist Europa von seiner besten Seite.

Eine Union - entschlossen und solidarisch.

Aber diese Entschlossenheit und diese Solidarität fehlen immer noch in unserer Migrationsdebatte.

Unser Engagement für die ukrainischen Flüchtlinge darf keine Ausnahme bleiben. Sie kann unser Modell für die Zukunft sein.

Wir brauchen faire und zügige Verfahren, ein krisenfestes System, das schnell mobilisiert werden kann, und einen permanenten rechtsverbindlichen Mechanismus, der Solidarität gewährleistet.

Gleichzeitig brauchen wir eine wirksame Kontrolle unserer Außengrenzen unter Achtung der Grundrechte.

Ich will ein Europa, das Migration würde- und respektvoll steuert.

Ich will ein Europa, in dem alle Mitgliedstaaten Verantwortung für die Herausforderungen übernehmen, vor denen wir alle stehen.

Und ich ein Europa, das sich gegenüber allen Mitgliedstaaten solidarisch zeigt.

Wir haben Fortschritte beim Migrationspaket erreicht, wir haben einen Fahrplan. Nun brauchen wir noch den politischen Willen zum Vorankommen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

vor drei Wochen hatte ich die bewegende Gelegenheit, mich mit 1500 jungen Menschen aus ganz Europa und der Welt zu treffen, die in Taizé zusammengekommen waren.

Ihre Ansichten, ihre Herkunftsländer, ihr Hintergrund und die Sprachen, die sie sprechen, mögen verschieden sein.

Und doch gibt es etwas, das sie alle verbindet.

Sie haben gemeinsame Werte und Ideale.
Sie glauben an diese Werte.
Sie begeistern sich alle für etwas Größeres als sie selbst.

Dies ist eine Generation, die Träume hat, die aber auch anpackt.

In meiner letzten Rede zur Lage der Union habe ich den Wunsch geäußert, dass sich Europa mehr von diesen jungen Menschen inspirieren lassen sollte.

Wir sollten bei allem, was wir planen und anpacken, ihre Hoffnungen in den Mittelpunkt stellen.

Und unsere Europäischen Verträge bieten die Möglichkeit dazu.

Alles Handeln unserer Union sollte einem einfachen Grundsatz folgen.

Dass wir die Zukunft unserer Kinder nicht gefährden dürfen.

Dass wir der nächsten Generation eine bessere Welt hinterlassen sollten.

Daher, meine Damen und Herren Abgeordnete, glaube ich, dass es an der Zeit ist, die Solidarität zwischen den Generationen in unseren Verträgen zu verankern.

Es ist an der Zeit, das europäische Versprechen zu erneuern.

Und wir müssen auch die Art und Weise, wie wir handeln und entscheiden, verbessern.

Manche sind vielleicht der Ansicht, dass dies nicht der richtige Zeitpunkt sei. Aber wenn wir uns ernsthaft auf die Welt von morgen vorbereiten wollen, müssen wir auch in der Lage sein, die Dinge anzugehen, die für die Menschen am wichtigsten sind.

Und da wir ernsthaft eine Erweiterung der Union ins Auge fassen, müssen wir uns auch ernsthaft um Reformen bemühen.

Daher bin ich der Ansicht, dass – wie von diesem Parlament gefordert – die Zeit für einen Europäischen Konvent gekommen ist.

SCHLUSS

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

es heißt, dass Licht im Dunkeln am hellsten scheint.

So war es sicherlich für die Frauen und Kinder, die vor den russischen Bomben geflohen sind.

Sie sind vor dem Krieg in ihrem Land geflohen, voller Trauer um alles, was sie zurücklassen mussten, und voller Furcht davor, was sie erwarten würde.

Sie wurden jedoch mit offenen Armen empfangen. Von vielen Bürgerinnen und Bürgern wie Magdalena und Agnieszka. Zwei selbstlosen jungen Frauen aus Polen.

Sobald sie von den Flüchtlingszügen hörten, eilten sie zum Warschauer Hauptbahnhof.

Sie begannen, Unterstützung zu organisieren.

Sie errichteten eigens ein Zelt, um so vielen Menschen wie möglich zu helfen.

Sie baten Supermarktketten um Lebensmittel und lokale Behörden um Bustransfers zu Aufnahmeeinrichtungen.

In wenigen Tagen mobilisierten sie 3000 Freiwillige, die Flüchtlinge rund um die Uhr in Empfang nahmen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Magdalena und Agnieszka sind heute hier bei uns.

Bitte applaudieren Sie mit mir den beiden sowie allen Europäerinnen und Europäern, die andere mit offenem Herz empfangen und bei sich aufgenommen haben.

Ihre Geschichte steht für alles, wofür auch unsere Union steht und wonach sie strebt.

Es ist eine Geschichte, die von Herz, Charakter und Solidarität zeugt.

Die beiden haben allen vor Augen geführt, was Europäerinnen und Europäer erreichen können, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen.

Das ist die Seele Europas.

Eine Union, die fest zusammenhält.

Eine Union, die sich dank vereinter Kräfte behauptet.

Lang lebe Europa.